



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und SSW

10-Punkte-Plan für jüdisches Leben — Bildungsoffensive gegen Antisemitismus in Schleswig-Holstein.

Der 07. Oktober 2023 bedeutet nicht nur für den Staat Israel, sondern für alle Jüdinnen und Juden weltweit eine Zäsur. Die brutalen Überfälle, Folterungen, Ermordungen und Verschleppungen unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten durch die Terroristen der Hamas sind schreckliche Verbrechen in einer menschlich zutiefst verstörenden Dimension. Die Tortur für die Hinterbliebenen, die Geiseln und ihre Angehörigen ist noch nicht vorüber. Jüdinnen und Juden in Israel können nicht in Frieden trauern. Viele setzen ihr Leben aufs Spiel, um gegen die islamistische und terroristische Bedrohung der Hamas zu kämpfen.

Erschreckenderweise tritt in dieser Situation in Deutschland offener Antisemitismus bei Demonstrationen und in Debatten auf. Das darf bei uns keinen Platz haben und wir verurteilen Hetze und Aufrufe zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden auf das Schärfste. Wir danken u.a. den Kirchen und den muslimischen Gemeinden, die sich klar gegen antisemitische Reaktionen ausgesprochen haben.

Das Bekenntnis zum und der Einsatz für das Existenzrecht Israels und die Sicherung der jüdischen Kultur in der Mitte unserer Gesellschaft sind nicht verhandelbare Grundprinzipien des politischen Handelns in der Bundesrepublik Deutschland. Damit einher gehen der Schutz jüdischen Lebens, der Einsatz für ein lebendiges und vielfältiges Judentum in Deutschland sowie ein klares Bekenntnis gegen Antisemitismus. Antisemitismus muss benannt und aktiv in allen Ausprägungen bekämpft werden. Dazu gehören ausdrücklich der jahrhundertealte Antisemitismus im Alltag und in unserer Gesellschaft sowie in jeglicher rechts- und auch linksextremistischen, islamistischen oder israelfeindlichen Gestalt.

Es ist eine besondere Herausforderung, dass in Teilen unserer Gesellschaft manche Kinder und Jugendliche mit Israelhass und Antisemitismus aufwachsen. Die Landesweite Informations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus (LIDA-SH) registriert eine deutliche Steigerung antisemitischer Vorfälle.

Alle staatlichen Ebenen müssen jetzt aktiv Maßnahmen dagegen ergreifen. Die Polizei hat den Schutz jüdischer Einrichtungen und Organisationen deutlich verstärkt. Landes- und Bundeskriminalamt aktualisieren ihre Gefährdungsbewertungen fortlaufend. Pro-palästinensische Versammlungen begleitet die Polizei, wo nötig, mit großem personellen Aufwand, auch um den Schutz von Jüdinnen und Juden sowie von jüdischen Einrichtungen zu gewährleisten.

Unser Ziel ist klar definiert: Der Landtag setzt sich gegen jede Form von Antisemitismus ein. Dabei spielt insbesondere die Bildung eine herausgehobene Rolle. Nur wenn Menschen lernen, antisemitische Narrative zu erkennen, kann eine Verbreitung von Antisemitismus gestoppt werden. Dafür ist insbesondere politische und gesellschaftliche Bildung enorm wichtig.

In Schleswig-Holstein wurden bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um gegen Antisemitismus vorzugehen. Im August 2023 wurde die interministerielle Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Landesaktionsplans gegen Antisemitismus gegründet. Der Runde Tisch „Shalom&Moin“ für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus hat sich im März 2023 konstituiert. Die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus wird durch eine zusätzliche Stelle gestärkt. Die jüdischen Gemeinden in Kiel werden in Bauvorhaben zur Sanierung ihrer Synagogen unterstützt. Die landesweite Informations- und Beratungsstelle Antisemitismus in Schleswig-Holstein (LIBA SH) hat im Sommer 2023 die Arbeit aufgenommen. Auch die Arbeit der Landesweiten Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus (LIDA SH) wurde im Haushalt 2023 durch zusätzliche Mittel gestärkt.

Die aktuellen Entwicklungen verdeutlichen aber, dass weitere Schritte notwendig sind, um Antisemitismus wirkungsvoll zu begegnen. Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Schule, außerschulische Bildungseinrichtungen, Hochschulen und Gedenkstätten sind in besonderem Maße gefordert. Hierzu ist es geboten, kurzfristige Maßnahmen mit strukturellen Maßnahmen zu verbinden, um so langfristig und nachhaltig Effekte zu erzielen.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. im 1. Quartal 2024 einen Entwurf für die Änderung des Schulgesetzes vorzulegen, der den Einsatz gegen Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie gegen die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts und die Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems in § 4 SchulG als Bildungs- und Erziehungsziel verankert.
2. den Schulen vorzugeben, im Rahmen ihrer Präventions- und Schutzkonzepte das Bildungs- und Erziehungsziel „Einsatz gegen Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zu berücksichtigen und geeignete Maßnahmen gegen die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts und die Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems zu implementieren.

3. dass die interministerielle Arbeitsgruppe bei der Erarbeitung des Landesaktionsplans gegen Antisemitismus die relevanten Akteure aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft miteinbezieht. Die Landesregierung soll darüber hinaus eine systematische Analyse und Überprüfung von Struktur und Professionalisierungsgrad von schulischen und außerschulischen Aktivitäten sowie Partnernetzwerken durchführen, um Potenziale zu erkennen und Synergieeffekte zu nutzen.
4. für die schulische Arbeit das Wissen über Antisemitismus und den Einsatz gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus im allgemeinen Teil der Fachanforderungen zeitnah zu verankern. Das Wissen über die Geschichte des Staates Israel und den Nahostkonflikt soll in den Fachanforderungen und Leitfäden an geeigneter Stelle verankert und verbindlich umgesetzt werden. Ergänzend soll geprüft werden, wie das Wissen über die Shoa und eine damit verbundene Empathiebildung im Schulkontext besser umgesetzt werden können.
5. gemeinsam mit den Hochschulen und dem IQSH Wissen über Antisemitismus weiter auszubauen, um die Eindämmung von Antisemitismus mit fachdidaktisch aufbereiteten Materialien zu verstärken. Außerdem sollen Kompetenzen zur Prävention von und Intervention gegenüber Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als verpflichtender Inhalt im Lehramtsstudium zeitnah verankert werden.
6. die Gedenkstättenarbeit weiterhin in ihrer Professionalisierung zu unterstützen und Gedenkstättenfahrten im schulischen Kontext stärker zu fördern. Es muss das klare Ziel sein, dass jede Schülerin und jeder Schüler mindestens einmal eine solche Gedenkstätte besucht.
7. sich dafür einzusetzen, dass in den Schulen weiterhin und verstärkt Projekte zum 09. November und dem 27. Januar durchgeführt werden.
8. die für Schulen zur Verfügung gestellten Materialien und die digitale Austauschplattform für Lehrkräfte in eine dauerhafte Struktur im IQSH zu überführen sowie als Bestandteil in verbindliche Fortbildungen für Lehrkräfte aller Fächer und Schularten zu integrieren.
9. im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Lehrpläne, Fachanforderungen, Studien- und Prüfungsverordnungen aller Ausbildungsverhältnisse im öffentlichen Landesdienst daraufhin zu überprüfen und bei Bedarf dahingehend zu verändern, dass die angehenden Staatsbediensteten ihren Auftrag, sich für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzusetzen, gerade auch als Einsatz gegen Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausfüllen können.
10. Der Landtag begrüßt bestehende Programme des Landesbeauftragten für politische Bildung, die die politische Bildung zur Begegnung von Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Fokus nehmen, sowie die Arbeit des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Träger der politischen Bildung in Schleswig-Holstein sowie die Träger für

kommunalpolitische Bildung bei der Erarbeitung von entsprechenden Angeboten gegen Antisemitismus zu unterstützen.

Martin Balasus
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion

Martin Habersaat
und Fraktion

Christopher Vogt
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion